

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Mittwoch u. Samstag und kostet monatlich
Mark 1.50. — Fernsprecher Nr. 1.
— Postfachkonto 631 Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit M. 10.—
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit M. 30.—
Bankkonto: Warburger Bank Abt. Laasphe
Girokonto: Kreispostkasse Laasphe Nr. 89

Schreibleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 133

Laasphe, Samstag den 2. Dezember 1922

47. Jahrgang

Ämtliches.

Bekanntmachung

betreffend die öffentliche Brotversorgung.

Anschließend herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer Unklarheit darüber, was nach den geltenden Bestimmungen noch Anspruch auf Brotmarken hat.

Es wird daher noch einmal darauf hingewiesen, daß nur solche Personen Anspruch auf Brotmarken haben, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 nach dem Einkommensteuergesetz für eine alleinlebende Person 30 000 Mark, für einen Haushaltsvorstand 30 000 Mark zuzüglich 15 000 Mark für jeden in dem gemeinschaftlichen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen (auch Diensthofen) nicht übersteigen hat.

Bei der jetzt bevorstehenden Neuauflage von Brotmarken dürfen nur für solche Personen, die brotverorgungsberechtigt sind, Brotmarken angenommen werden. Zuwiderhandlungen können mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark bestraft werden.

Verleburg, den 25. November 1922.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnshagen vom 28. November 1922 — I XV. Nr. 37/70 I — lege ich ab Sonntag den 3. Dezember d. Js. den Preis für das 3 Pfd. Kasseler Brot auf 210. — Mk. fest.

Der Kleinverkaufspreis beträgt vom gleichen Tage ab für das Pfd. Roggenmehl 81 Mk., für das Pfd. Weizenmehl 87 Mk.

Die Bestimmung, daß nur die Brotmarken der jeweils laufenden Woche und die bis 4 Wochen zurückliegenden beliefert werden dürfen, bleibt auch weiterhin bestehen.

Die Bäcker und Händler, sowie die Mehlmüllereien werden ersucht, ihre diesmaligen Mehlsaufnahmen pünktlich am Samstag den 2. d. Mts. abends abzugeben und der Kreisgeschäftsstelle zur Nachberechnung einzuliefern, da auch die dem Kommunalverband auf seinen Bedarf ab 3. d. Mts. zustehenden Mehlmengen der Nachberechnung unterliegen.

Verleburg, den 1. Dezember 1922.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung

betreffend Zuckerverföhrung.

Nach § 8 der Preussischen Ausführungsverordnung über die Versorgung mit Zucker im Betriebsjahre 1922/23 darf der zur allgemeinen Verteilung bestimmte Randsucker nur gegen Vorlegung einer Zuckerkarte abgegeben werden. Der Händler hat den der Zeit und abzugebenden Menge entsprechenden Abschnitt abzutrennen und an sich zu nehmen.

Die Zuckerkarte wird durch die Ortsbehörden ausgegeben. Sie gilt für das ganze preussische Staatsgebiet und kann bei beliebigen Kaufleuten eingelöst werden.

Die Annahme mehrerer Zuckerkarten des gleichen Zeitraums für einen Verbraucher ist untersagt. Die Zuckerkarte und ihre einzelnen

Abchnitte sind nicht übertragbar, d. h. sie dürfen nicht an andere Personen weitergegeben werden. In Verlust geratene Zuckerkarten werden nicht ersetzt.

Die Zuckerkarte für die Monate Dezember, Januar, Februar und März besteht aus einem Stamnteil und für jeden Monat aus 2 Abchnitten (A und B). Jeder dieser Abchnitte berechtigt zum Bezuge der halben, jeweils für den betr. Monat freigegebenen Menge. Die Abchnitte sind geteilt worden, weil bei dem hohen Preise des Zuckers mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß nicht jeder Verbraucher sofort in der Lage ist, die Gesamtmenge in einem Kaufe zu erwerben. Irrendweise zeitliche Begrenzung innerhalb des laufenden Monats haben die einzelnen Abchnitte nicht; sie können also getrennt oder auch zusammen zu einem beliebigen Zeitpunkte des darauf vermerkten Monats benutzt werden. Mit Ablauf des Monats erlischt die Gültigkeit der einzelnen Abchnitte.

Die Karte umfaßt ferner zwei nicht auf bestimmte Monate abgestellte Abchnitte A und B für Sonderzuweisungen, die für Weihnachten und Ostern in Aussicht genommen sind.

Nach Mitteilung der Zuckerkontrollstelle der Provinz Westfalen ist die für den Monat freigegebene Menge auf 1,2 kg. erhöht worden. Jeder der Dezember-Abchnitte A und B berechtigt also zum Bezuge von 600 Gramm Zucker. Die Sonderzuweisung ist auf 600 Gramm festgelegt, wovon wiederum auf jeden der Sonderabchnitte A und B die Hälfte, also 300 Gramm, entfallen.

Verleburg, den 29. November 1922.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Die Neuwahl des Landwirts Johann Georg Friedrich als Gemeindevorsteher und des Landwirts August Debrich als Gemeindevorsteher-Stellvertreter der Gemeinde Wirtel ist meinerseits auf die gefällige Amtsbekanntgabe bestätigt worden.

Verleburg, den 28. November 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Dr. Kretschmar.

Am Mittwoch den 6. Dezember d. Js. findet seitens des Veröhrungsamtes in Verleburg, Landratsamt, ein Sprechtag für Veröhrungsberechtigte statt.

Allen Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen, welche irgend eine Auskunft in Veröhrungsangelegenheiten wünschen, kann dieser Tag nur empfohlen werden.

Verleburg, den 24. November 1922.

Wohlfahrtsamt des Kreises Wittgenstein in Verleburg.
J. B. Weber, Kreissekretär.

Bekanntmachung

Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitragszwanges erklärt hat, ordnet der Herr Regierungspräsident-Arnshagen hiermit an, daß zum 1. 7. 1922 eine Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk in dem Bezirke des Kreises Wittgenstein mit dem Sitze in Verleburg unter dem Namen „Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk“ errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkte ab gehören alle Gewerbetreibenden, welche das Schneiderhandwerk betreiben, dieser Innung an.

Diese Anordnung wird mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß etwaige Einwendungen hiergegen binnen einer Frist von 4 Wochen bei mir anzubringen sind. Diese Bekanntmachung ist für den Lauf der bürgerlichen Beförderung entscheidend. Nach Ablauf der

Frist angebrachte Einwendungen bleiben unberücksichtigt. Die Beteiligten werden aufgefordert, innerhalb einer Frist von 6 Wochen einen Entwurf zur Innungsfähigkeit in doppelter Ausfertigung mit einzulegen.

Verleburg, den 20. November 1922.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung

Die Wahl der Veröhrungsvertreter als Beisitzer des Veröhrungsamtes des Kreises Wittgenstein findet demnächst statt. Die Erstklassen und die außerhalb des Bezirkes des Veröhrungsamtes wohnhaften Klassen, die im Bezirk des Veröhrungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben, fordern ich hiermit auf, ihre Beteiligung an der Wahl bis zum 8. Dezember d. Js. anzumelden und die Zahl ihrer anrechnungsfähigen Mitglieder nachzuweisen.

Verleburg, den 27. November 1922.

Der Vorsitzende des Veröhrungsamtes des Kreises Wittgenstein.
J. B. Weber, Kreissekretär.

Die Beratung im Elysee.

Ein einfaches Studium?

Paris, 29. Nov. Die über die Beratungen im Elysee von der Pariser Presse herausgegebene Note wird amtlich dementiert und die gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen werden als harmloses Studium hingestellt. Die Pariser Morgenpresse, vor allem das „Journal“ bleibt aber dabei, daß es sich, wie es sich ausdrückt, um einen Faustschlag auf den Tisch gehandelt habe, der nicht nur gegen die neue deutsche Regierung, sondern auch gegen die belgische Regierung gerichtet war. So unangenehm es auch sei, man müsse zugeben, daß die Zusammenkunft mit Theunis und Zaphar in der vorigen Woche nicht mit dem Abkommen beendet habe, das man erwartet hätte. Die belgischen Minister schienen entschlossen, sich den Ratschlägen der neutralen Finanzleute anzuschließen, die den Betrag der deutschen Schuld auf eine Summe herabsetzen wollten, die Frankreich nicht zulassen könne und die auch Deutschland während mehrerer Jahre von jeder Zahlung befreien wollten.

Der „Petit Parisien“ scheint amtlich beeinflusst durch folgende Darstellung der Sachlage beruhigen zu wollen. Das Blatt schreibt, man scheine sich gestern in London wie in Paris über die Nachrichten erregt zu haben. Tatsächlich sei das Gerücht verbreitet worden, daß in der Beratung entschieden worden sei, demnächst das Ruhrgebiet zu besetzen und die Verwaltung der Rheinlande an sich zu reißen. Man scheine gesagt zu haben, daß in der Versammlung Poincaré erklärt habe, daß keine Reduktion der Schuldsomme von 132 Milliarden Goldmark zugelassen werden könne; mit anderen Worten, bevor sie mit ihren Alliierten verhandelt habe.

Seine große Ruhe in dieser Angelegenheit, die sie so stark erregt hatte, machte Martha sehr nervös; sie vermochte sich kaum mehr zu beherrschen.

„Ich begreife dich einfach nicht, Lucian! Ich würde mich zu Tode schämen, wenn ich so etwas von mir lesen müßte! Mich geht's doch ebenso viel an, wie dich!“ rief sie aufgebracht. „Du hättest nur hören sollen, was ich in den Pausen habe anhören müssen — so recht aus dem Hinterhalt, mit Sticheleien, auf die man nichts erwidern kann! Man hätte sich nach den Ankündigungen und Erzählungen doch mehr versprochen und so weiter! Und dann diese höhnischen, triumphierenden Gesichter! Man kann sich kaum wieder mit dir fassen lassen!“ schloß sie mit einem schrillen Auflachen, jede Vorsicht vergebend.

Da wurde Lucian ganz bleich; ein entschlossener, kalter Ausdruck trat in sein Gesicht.

Anfänglich hatte er mit einem amüsierten Lächeln zugehört; aber das war ihm zu viel!

Er stand auf.

„Das sollst du auch nicht mehr, Martha, das will ich dir ersparen! Du sollst nicht mehr nötig haben, dich meiner zu schämen. Ich geb' dich frei!“

Er zog den glatten goldenen Reiß vom Finger u. legte ihn auf den Tisch.

Starr vor Schrecken stand Martha da.

Das hatte sie doch nicht gewollt!

Sie war keines Wortes mächtig.

Ihre Eltern, die bisher schweigend dem Wortgeplänkel der Verlobten zugehört, suchten jetzt zu vermitteln.

Marthchen habe es doch nicht so gemeint — sie sei so schrecklich nervös, das müsse man auch bedenken. — Doch kurz schnitt Baldow jedes Wort ab. Seine Geduld war zu Ende.

Er sei auch nervös, sagte er, und Martha habe eben bewiesen, daß sie nicht zur Frau eines Künstlers taugte; eine solche müsse ihren Mann trösten, aufheitern, ihm treulich zur Seite stehen, wenn ihm etwas misslungen sei, sie dürfe ihm aber keine Vorwürfe machen und ihn in seinem Ehrgefühl nicht kränken. Wenn seine Braut jetzt schon so rücksichtslos sei, wie würde da ihre Ehe später verlaufen. Er sehe kein Glück mehr darin.

(Fortsetzung folgt.)

Edith Bürkners Liebe.

25] Roman von Fr. Behne.

Bei seinem Anblick stürzte sie und tat, als wolle sie nicht eintreten.

„Ah, du bist es, Lucian? So früh vermutete ich dich noch nicht! Verzeih, ich bin noch nicht angezogen“ und kokett fasste sie nach dem Halsabschnitt ihrer Morgenjacke.

Er machte aber keine Anstalten, sie in die Arme zu schließen, wie sie im stillen gehofft hatte.

Kalt sah er sie an.

„Ich wollte dir nur danken für deine lebenswichtigen Zeilen von gestern Abend. Nun weiß ich halt, weshalb du nit im Konzert warst!“

„Nein, ich traute mich nicht“, sagte sie trotzig, „die Leute hätten ja mit Fingern auf mich gezeigt.“

„Und ich? An mich dachtest du wohl nit, der ich doch schon wieder dem Publikum gegenüberstehen mußte? Das fiel dir nicht ein, mir Trost und Sicherheit durch deinen Anblick zu geben?“

Sie zuckte die Achseln.

„Du bist's gewohnt! Aber ich, die ich so viel von deinem Stüd gesprochen und Reklame gemacht habe! Glaubst du, mir wäre das angenehm gewesen? Hörmlich Spießruten hätte ich ja laufen müssen, nachdem mein Bräutigam so zerpflegt wurde von den Kritikern. Du hast sie doch gelesen und weißt —“

„Nein“, unterbrach er sie trocken, „noch nit!“

„Wie, du hast die Kritiken noch nicht gelesen? Du hättest doch Furcht?“ fragte sie verwundert und entriest zugleich.

Sie stand auf und nahm von dem Schreibtisch einige Zeitungen, die sie vor ihn auf den Tisch warf.

„Hier sind sie; wenn du Lust hast, kannst du sie gleich lesen.“

Er folierte die Blätter ohne eine Spur von Erregung auseinander, und Martha beobachtete ihn scharf.

Auch noch rot angestrichen! Ich danke dir für

Hätte die französische Regierung Entscheidungen so ernster Art getroffen, um dadurch die Konferenz von Brüssel unmöglich zu machen. Es verleihe sich von selbst, daß diese Erregung ebenso ungerechtfertigt sei, wie das Gerücht ungenau sei, das sie veranlaßt habe. Was sich am Montag im Elisee ereignet hat und was gestern unter der Leitung von Marshall Foch fortgesetzt wurde, sei ein einfaches Studium, dem gegenwärtig keine Folge gegeben werden könne. Das Blatt behauptet, was sich jetzt ereigne, sei ähnlich wie vor der Londoner Konferenz im Mai 1921, und in zweiter Linie müsse man bedenken, daß die französische Regierung nicht die geringste Initiative ergreifen wolle, bevor sie mit ihren Alliierten in Brüssel oder anderwärts beraten habe. Sie begnügen sich infolgedessen damit, ihre Pflicht zu erfüllen, die darin bestehe, nicht nach Brüssel zu kommen, ohne einen praktischen und vollkommenen Plan ihren Verbündeten vorzulegen zu können. Nach dieser Richtung sei auch gestern durch den französischen Botschafter bei Bonar Law ein Schritt unternommen worden. Bonar Law habe erklärt, er werde sich nach dem 14. Dezember gern nach Paris begeben, um mit Poincaré zu verhandeln. Inzwischen scheine die englische Regierung einen Meinungsaustausch über die Reparationsfrage, wenn notwendig durch Sachverständigenverhandlungen, vorzuschlagen.

Nach dem „Matin“ scheint es, daß man in England für den Zusammenritt der Brüsseler Konferenz den Beginn des kommenden Jahres vorschlagen und die Vorkonferenz nicht in Paris, sondern in London wenige Tage vorher abhalten wolle, damit sich die vier Ministerpräsidenten treffen von London nach Brüssel begeben, wenn das Einverständnis in großen Zügen erzielt werde. Man bemerke in London, daß es bedauerlich wäre, wenn die Brüsseler Konferenz zusammenbrechen würde, bevor das Ergebnis der Mission des Schatzkanzlers Baldwin in Amerika bekannt sei, der kurz vor Weihnachten abreisen wolle. — Wegen Wiederhinausschiebung der Konferenz soll Poincaré nach dem „Echo de Paris“ beabsichtigen, in vier oder fünf Tagen nach London zu reisen, um mit Bonar Law zu verhandeln.

„Echo National“ sagt: Das gestrige Dementi dementiert nichts. Wenn in den Zeitungen erzählt wurde, daß unrichtige Informationen mitunterlaufen seien, so sei das nicht weiter überraschend angesichts des Umstandes, daß einige Blätter übermäßig viele Einzelheiten hinsichtlich der gegen Deutschland durchzuführenden Maßnahmen gebracht hätten. Aber es liege auf der Hand, daß das offiziöse Dementi nur die Einzelheiten im Auge habe, dagegen nicht die Sache selbst, die sich nicht bestreiten lasse. Gewissen Anzeichen zufolge sollen die Länder nicht rechts des Rheins, sondern nur auf dem linken Ufer mit Beschlag belegt werden. Aus diesem Grunde wohnte der Konferenz vom Montag der Oberkommissar der Rheinlande, Lirard, bei. Die preussischen und bayerischen Beamten sollten aufgefördert werden, über den Rhein zurückzugehen und die Verwaltungen der rheinischen Gebiete würden mit Hilfe von einheimischen Beamten reorganisiert und unter die Kontrolle Frankreichs gestellt werden. Die Zollgrenze Deutschland gegenüber würde wiederhergestellt werden, und der Ueberschuß der Steuern sowie die Erträge der Domänen und die Zolleinnahmen würden in die Kasse der Reparationskommission abgeführt.

Griechische Barbarei.

Hinrichtung der Exminister.

Berlin, 29. Nov. Aus Athen wird gemeldet, daß die früheren Minister Sunaris, Stratos, Theoroti, Baltazzi und Protosopadakis und General Sabjanotis zum Tode verurteilt wurden und kurz danach durch Erschießen hingerichtet wurden. Admiral Gaudas und Strategas wurden zu lebenslänglichem Gefängnis und Degradation verurteilt. Der britische Gesandte in Athen hat darauf seine Rufe verlangt und mitgeteilt, daß er infolge der Instruktionen seiner Regierung Athen sofort verlassen müsse. Er begibt sich zunächst nach Lausanne, wo er Lord Curzon Bericht erstatten wird.

Entrüstung in England.

London, 29. Nov. In Londoner politischen Kreisen ist man über die Hinrichtung der griechischen Minister äußerst entrüstet und bezeichnet sie als eine Rückkehr zur mittelalterlichen Barbarei. Die Londoner Blätter sprechen in schärfsten Worten ihre Ansicht über das griechische Urteil aus. Ein Teil der Londoner Blätter sagt, daß diese Haltung der Ministerextremisten wahrscheinlich schwere Folgen für Griechenland mit sich bringen werde, da sich damit Griechenland die Unterstützung der westlichen Mächte verschmerzen werde. Die Abreise des englischen Gesandten und die Kommentare der englischen Blätter lassen die Vermutung zu, daß England das scharfe Vorgehen der griechischen extremen Regierung zum Anlaß für einen diplomatischen Rückzug gegenüber der Türkei in Lausanne nehmen will.

Die Aufnahme in Lausanne.

Lausanne, 29. Nov. Die Nachricht von der Hinrichtung der verurteilten Minister in Athen wurde hier gestern abend durch eine Reuterdepesche bekannt. Sie erregte größte Sensation. Man befürchtet hier eine Verschärfung der Lage. Es entstand sofort das Gerücht, daß Benizelos demissionieren werde, weil er sich nicht mit den Vorgängen in Athen identifizieren wolle. In unterrichteten griechischen Kreisen wisse man jedoch nichts von einer solchen Absicht. Benizelos lehnte es bis jetzt ab, über die Vorgänge in Athen sich zu äußern, da er über dieselben noch nicht offiziell unterrichtet worden sei.

Die Orientkonferenz.

Gegenstände.

Lausanne, 29. Nov. Die Wirtschafts- und Finanzkommission der Lausanner Konferenz beschäftigt sich mit der Frage der Aufteilung der türkischen Schulden. Ismet Pascha wiederholte im großen und ganzen seine früheren Forderungen. Benizelos machte den Vorschlag, die Schulden gegenseitig zu annullieren. Der französische Delegierte und Präsident der Kommission, Barriere, erklärte, die Alliierten könnten an der Orga-

nisation der türkischen öffentlichen Schulden keinerlei Änderungen zulassen, doch sollten die abgetretenen Provinzen ebenfalls zur Tilgung der Schulden herangezogen werden. Im weiteren Verlaufe lehnte Ismet Pascha auch die Zahlung von Besatzungskosten ab, wodurch Curzon zu einer heftigen Erwiderung angeregt wurde.

Die Türken wollen nichts bezahlen.

Die Verhandlungen des Wirtschafts- und Finanz-ausschusses teilen sich in die Verteilung der ottomanischen Schuld, die Rückzahlung der Kosten der Besatzungsarmee und die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. Ismet Pascha erklärte zu Punkt 1, daß Angora nicht das Erbe der alten Türkei angetreten habe und daher nicht die gesamte Verantwortung übernehmen könne. Zu Punkt 2 erklärte er, er sei erlaubt über die Forderungen bezüglich der Rückzahlung der Besatzungskosten an die Länder, die noch immer Konstantinopel und die anderen strategischen Punkte besetzt hielten. Zu Punkt 3 gab er die Zusage, daß über die Schäden an privatem Eigentum verhandelt werden müsse, aber eine Entschädigung an Griechenland, das systematische Verwüstungen angerichtet habe, wolle er energig zurück. Benizelos dagegen wies diese Einwände seinerseits zurück, da die Türkei den Krieg begonnen habe. Im Namen der Alliierten erklärte Barriere ausführlich, daß sie den Standpunkt Ismet Paschas nicht teilen könnten. Die ottomanische Schuld müsse anerkannt werden. Das liege auch im eigenen Interesse der neuen Türkei, die sonst ihren Kredit verlieren würde. Die Besetzung Konstantinopels und der anderen strategischen Punkte sei eine Folge des Waffenstillstandes. Es müsse nach wie vor an der Rückzahlung festgehalten werden. Ismet Pascha erwiderte darauf, daß er den Vertrag von Mudros nicht kenne; er stehe auf dem Boden des Waffenstillstandsvertrages von Mudania. — Lord Curzon erwiderte darauf, daß er diesen Unterschied nicht hinnehmen könne. Angora sei sowohl für den einen, als auch für den anderen Waffenstillstand verantwortlich.

Politische Rundschau.

—* Die im Reichsarbeitsministerium beschlossene Erhöhung der Vergütung der Arbeiter für den Monat Dezember beträgt pro Mann und Schicht im Ruhrgebiet, Köln und Oberschlesien 875 M. und für Niedersachsen 637,30 Mark.

—* Nach dem heutigen Verkehr berechnet, betragen am 1. Dezember die Einnahmen aus dem Güterverkehr, aufs Jahr bezogen, dreitausend Milliarden Mark. Mit anderen Worten hat jeder Deutsche, vom Säugling bis zum Greise, jährlich 50 000 Mark Frachten zu tragen.

—* Die Reparationskommission wird erst am Freitag zusammentreten, um die laufenden Angelegenheiten zu erledigen und am Nachmittag die Sachverständigen über die Holzlieferungen zu hören.

—* Der frühere französische Wiederaufbauminister Loucheur sprach in Basel vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über die Ursachen und Bekämpfung der Not Europas. Seine Ausführungen, in denen er sagte, Frankreich kenne nur einen Haß, den Haß gegen den Krieg, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

—* Der neue französische Botschafter Demarquet wird, wie aus Paris gemeldet wird, Ende dieser Woche seinen Berliner Posten antreten.

—* Nach einer Londoner Meldung ist es möglich, daß England die Guthaben annullieren wird, die es bei den anderen Alliierten besitzt, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich Deutschland gegenüber in der Reparationsfrage Konzessionen macht.

—* Im englischen Unterhaus sagte der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, daß die Stärke der britischen Besatzungstruppen im Rheinland am 1. Nov. 1922 552 Offiziere und 8600 Mann betrage. Vom Waffenstillstand bis zum 31. Juli 1922 beliefen sich die Kosten der englischen Besatzung auf 504 658 000 Pfund Sterling.

—* Nach einer Meldung des „Matin“ aus Washington hat man im Weißen Haus erfahren, daß der amerikanische Kommissar persönlich bei den griechischen Behörden gegen die Hinrichtung der griechischen Minister protestieren wird.

—* Das frühere amerikanische Kongressmitglied Bartholdy ersuchte den Präsidenten Harding, vom Kongreß einen Kredit von 50 Millionen Dollar zu fordern, der Deutschland zum Ankauf amerikanischer Waren gewährt werden soll.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist auf Donnerstag vormittag 10 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen zunächst nur Fragen, die die östliche Politik betreffen. Angesichts der Entwicklung des Reparationsproblems jedoch, wird sich der Auswärtige Ausschuss wahrscheinlich auch über alle schwebenden Fragen besprechen, zumal der neue Außenminister die Angelegenheit benutzen will, um seine Anschauungen mitzuteilen.

Die Bezahlung des Umlagegetreides.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, finden augenblicklich zwischen der Regierung und den Vertretern der Landwirtschaft Verhandlungen nach der Richtung statt, daß das Umlagegetreide nicht bar bezahlt wird, sondern den Landwirten für dieses Getreide von der Regierung Chilekalpeter geliefert wird. Die Landwirte zeigen zunächst Mißtrauen, weil sie glauben, daß durch diese Bezahlung die Regierung bei der Ablieferung des Umlagegetreides einen Druck ausüben könnte. Inzwischen ist das Chilekalpeter so teuer, daß sich die Landwirte es nicht direkt beschaffen können. Es wäre daher ein großes Entgegenkommen der Regierung, wenn sie für die Einfuhr sorgen würde. Nun hat in dieser Frage auch das Reichsfinanzministerium mitzureden. Dr. Hermes wehrt sich aber, obwohl landwirtschaftlich gefonnen, gegen dieses Abkommen. Man hofft aber in Gewerkschaftskreisen, von wo aus diese Sache forciert wird, ihn umzustimmen und durch ein Abkommen der geschädigten Art beiden Seiten zu helfen.

Das Märchen vom Wirth-Attentat.

Berlin, 29. Novbr. Der Kaufmann Schulze aus Berlin, der seinerzeit Angaben über ein geplantes Attentat gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth, das im Reichstag zur Ausführung gelangen sollte, machte, wurde aus der Haft entlassen, da, wie der Oberreichsanwalt mitteilt, die Ermittlungen ergaben, daß die Angaben über einen Attentatsversuch nicht der Wahrheit entsprechen. Anscheinend beruhen die Neußerungen Schulzes auf prahlerischer Großsprecherei.

Aus Laasphe und Umgegend.

—* Die vier Weihnachtsgeschäftssonntage, bekannt unter dem Namen des bleichernen, kupfernen, silbernen und goldenen Sonntags, stehen vor der Tür. Zwar werden sie, wie schon in den ganzen letzten Jahren, lediglich Papier statt harten Geldes einbringen, aber den Charakter allmählicher Umschlagung, der mit ihrem Namen ausgedrückt sein soll, behalten sie natürlich trotzdem. Es ist eine alte und dem Geschäftsmanne wohlbelannte Erfahrung, daß das laufende Publikum seine Weihnachtseinkäufe bis zum allerletzten Augenblick hinausschiebt. Einerseits der mangelnde Entschlußfähigkeit halber, dann zum Teil aber auch wohl deswegen, weil in sehr vielen Familien, namentlich in allen denjenigen mit kleinen Einkommen, die Beträge für die Weihnachtseinkäufe meistens erst aus den Lohnbegehren mehrerer Wochen zusammengepart werden müssen. Daß man in diesem Jahre unter Umständen erheblich billiger durch früheren Einkauf davonkomme, mag vielleicht in diesem Jahre das Weihnachtsgeschäft auf die Monate November und Dezember verteilt haben. Immerhin wünschen wir allen unseren Geschäftsbekannten, daß die von ihnen hinsichtlich des Weihnachtsgeschäftes gegebenen Erwartungen nicht enttäuscht werden möchten, sondern ein befriedigendes Resultat zeitigen werden.

—* Laasphe, 1. Dez. Das Markenbrot kostet von Sonntag ab nicht weniger als 210 Mark. (Siehe die betreffende amtliche Bekanntmachung.)

—* Laasphe, 1. Dezbr. Wir wollen nicht verfehlen, nochmals auf den am Sonntag hier selbst stattfindenden evang. Kirchentag hinzuweisen. Da bis jetzt auch die Anmeldungen auswärtiger Teilnehmer schon recht zahlreich erfolgt sind, ist erfreulicherweise eine rege Beteiligung zu erwarten.

—* Laasphe, 2. Dezbr. Der Vaterländische Frauenverein hat lange Jahre hindurch seinem Zweck entsprechend Wohltätigkeit geübt durch Weihnachtsgeschenke, Bekleidung der Konfirmanden, Sorge für Kranke u. a. Während des Krieges war ihm besonders Gelegenheit gegeben, durch Einrichtung des Lazarets usw., die ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen. Der gegenwärtigen Not steht er aber mit seinen geringen Mitteln fast hilflos gegenüber. Da er mit zu dem großen Hilfswerk zur Abwendung der Not in Laasphe hinzugezogen ist, möchte er an seinem Teile gerne mitwirken und leisten, was in seinen Kräften steht. Eine Sitzung des gesamten Vereins, die am Mittwoch stattgefunden hat, hat daher beschlossen, eine Sammlung von Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhe und Lebensmitteln unter seinen Mitgliedern und sonstigen Kreisen, die dazu in der Lage sind, zu veranstalten. Eine Anzahl Vereinsmitglieder hat sich in den Dienst der guten Sache gestellt und wird in den nächsten Tagen in den einzelnen Häusern vorsprechen. Es wird gebeten, die entbehrlichen Sachen bereithalten zu wollen. Man darf wohl hoffen, daß in Anbetracht der großen Not, die jedermann bekannt ist, die Sammlung überall freundliches Entgegenkommen finden wird. Sammelstätte ist der Gasthof Rosshof.

—* Laasphe, 28. Nov. In der heutigen Stadtsitzung sind folgende Anträge: Stadtvorordnetenvorsteher Rehsheimer, die Stadtvorordneten Koch, Müller und Sachmannshausen; vom Magistrat war niemand erschienen. Punkt 1. Ein Mitglied des Stadtkollegiums soll als Vertreter der Stadtvorordnetenversammlung in den Hilfsauschuss für die Bedürftigen der Stadt gewählt werden. Einkommend gewählt werden als Vertreter Stadtkollegium Müller und als Ersatzmann Stadtkollegium Koch. Als Unterhaltungsbeitrag werden vorläufig 25 000 Mk. bewilligt. Punkt 2. Nach Verlesung eines Briefwechsels durch den Stadtvorordneten, betreffend die Anfragen der Stadtkollegiums Müller, Koch, Fischbach u. Rehsheimer an den Magistrat und die diesbezügliche Antwort desselben, wird nach zum Teil sehr erregter Aussprache einstimmig der Beschluß gefaßt, dem Magistrat folgendes mitzuteilen: „Die Stadtkollegiumsversammlung billigt die Antwort des Magistrats vom 21. Nov. auf die gemeinsamen Anfragen der Stadtkollegiums Müller, Koch, Fischbach u. Rehsheimer vom 18. Nov. 22 auf das schärfste und hält es für eine Verletzung der Pflicht des Bürgermeisters, daß er auch zu der heutigen Versammlung noch keine Aufschlüsse über die gestellten Fragen gegeben hat, besonders da ihm der Inhalt der Anfragen bereits seit dem 9. Nov. bekannt war. Damit war der beschlußfähige Teil der Sitzung erledigt. Von den nun folgenden weiteren Besprechungen dürfte noch die Erklärung des Stadtkollegiums von Interesse sein, wonach er der Gegenpartei im Stadtparlament mitgeteilt habe, im Interesse eines gezielteren Zusammenarbeitens mit den seinen Standpunkt vertretenden Stadtvorordneten zurückgetreten, wenn die anderen Herren ebenfalls zum Rücktritt bereit seien. Dieser Vorschlag sei abgelehnt worden. Er habe daher dem Regierungspräsidenten und dem Minister des Innern einen schriftlichen Bericht erstattet und dieselben um Stellungnahme gebeten.“

(1) Banke, 1. Dezbr. Mit der Anlage der elektr. Lichtleitung geht es rüchig vorwärts. Die Stangen für die Hochspannungsführung von der Friedrichshütte bis hierher sind fast alle schon gesetzt.

—* Aus dem Kreise, 30. Nov. (Die mutige Fräuleinbraut.) Dem und Gesellschaften, die Erwählung verdient, zeigte unlängst ein junges Mädchen, die Braut eines hiesigen Hilfsarbeiters, in heiler Lage in unseren Wittenkreiser Bergen. Dieselbe war mit ihrem Bräutigam damit beschäftigt, das einsam gelegene Forsthaus wohnlich einzurichten, als letzterer unerwartet nach der benachbarten Oberförsterei gerufen wurde. Schlichte denkende Menschen müssen durch die anscheinend beobachtete Abwesenheit des Fräuleins auf dem Gedanken gekommen sein, dem scheinbar unbeschäftigten Hause, in dem sich wertvolle Möbel, Wäsche und Einrichtungsgegenstände befanden, einen unerlaubten Besuch abzustatten, der umso leichter schien, da die Haustür infolge vorgenommener Umbauten noch nicht wieder fest in den Angeln hing. Die Dunkelheit war eben hereingebrochen, als die in dem Forsthaus allein weilende Braut im Hauseingang verdächtige Geräusche hörte. Sie eilte ans Telefon, teilte ihrem Bräutigam die gemachten Wahrnehmungen mit und erkundigte sich gleichzeitig nach dem Aufenthaltsort eines schützenden Gewehrs. Mit diesem bewaffnet trat sie den Eindringern entgegen und da diese sofort die Flucht ergriffen, feuerte sie mehrere Schüsse hinter ihnen her, wovon aber leider keiner den Büschen den nötigen Denkzettel verabschiedete.

—* Grudtebrück, 25. Novbr. Nachdem in der, auf Anregung des Arbeitgeberverbandes am 20. d. Mts. im Gasthof Dürich hier selbst stattgefundenen Versammlung, an der Vertreter aus allen Ständen des Kreises Wittenstein teilnahmen, die Gründung eines gemeinsamen Hilfsvereins für den Kreis Wittenstein nicht zustande gekommen

ge aus
tentat
Reichs-
aus der
ilt, die
Atten-
end be-
Groß-
D.
tage-
nen und
re, wie
wie
harten
eigerung,
natürlich
bekannte
orgungen
angelnden
wegen,
gen mit
meistens
werden
erhöht
vielleicht
November
unseren
nachlässig-
sondern
Sonntag
amliche
nochmal
entag
ger Teil-
weise eine
rauen-
sprechend
ung der
Krieges-
lung des
er gegen-
er hilflos
erung der
teile gene
e Sitzung
hat daher
er, Schme-
n Kreisen,
vereins-
und wird
hen. Es
en. Man
bermann
enkommen
n eten-
Reichsheim-
en; vom
glied des
sammlung
lt werden.
en und als
den vor-
ines Brief-
fragen der
Reichsheim-
ben, wird
Beschluss
abst.-Ver-
Nov. auf
ufw. vom
legung der
sammlung
besonders
b. bekannt
digt. Von
Erklärung
Gegenpartei
beihilfereu
den Stadi-
falls zum
werden. Er
des Innen-
nagnahme
Beteiligung
angabeitung
steht.
B. f. r. s.
ient, zeigte
ltsförmers,
es war
Vorstands
nachbarten
en müssen
rs auf den
se, in dem
nen, einen
n, da die
eder fest in
ochen, als
wegen ver-
eilte ihre
ndigte sich
Gewehrs.
da diese
ihnen her,
Dentzettel
regung des
hier selbst
ständen des
emeinfamen
begekommen

war, hatte der Gemeindevorsteher Wegandt von hier auf heute abend 8 Uhr zu einer neuen Beratung eingeladen. Es waren erschienen Personen aus allen Ständen der Gemeinden Erndtebrück, Schameder, Benze und Zinse. Herr Gemeindevorsteher Wegandt eröffnete die Versammlung und erläuterte den Zweck derselben. Es wurde sodann als Versammlungsleiter einstimmig der Herr Kaufmann Borghaus von hier gewählt. Herr Borghaus eröffnete die Angelegenheit nochmals und berichtete über den heutigen Stand der Angelegenheit. Versammlung bedauerte es allgemein, daß die Gründung eines Hilfsvereins für den ganzen Kreis an dem absehbaren Verhalten der Vertreter von Saaspe und Verleburg gescheitert sei. Nach langer Beratung und Aussprache wurde beschlossen, ein Hilfswerk für das Kirchspiel Erndtebrück zu gründen. In den Ausschuss für dieses Hilfswerk wurden gewählt: a) für die Arbeitnehmer: Schreiner Heinrich Thone, Erndtebrück, Fabrikarbeiter Willi Rothweiler daselbst, Fabrikarbeiter Karl Schlabach, daselbst; b) für die Landwirte: Landwirt Heinrich Wagener, Erndtebrück, Landwirt Karl Allhaus daselbst, Landwirt August Freilich daselbst; c) für die Beamten: Oberbahn- hofsleiter Gänther, Erndtebrück, Lehrer Hölzlhammer, Lokomotiv- fahrer Virelbauch; d) für die Arbeitgeber: Möbelfabrikant Virelbauch, Erndtebrück, Kaufmann Borghaus, Direktor Wagener; e) für die Gewerbetreibenden: Schuhmacher S. Grebe, Kaufmann A. Hesse, Badermeister C. Hölzel, Gasthofbesitzer A. Dürsch. Als Vertreter für die Gemeinden Erndtebrück, Schameder, Benze und Zinse wurden die betr. Gemeindevorstände gewählt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Gemeindevorsteher Herr Wegandt, zum Kassierer Herr Bankdirektor Bald und zum Schriftführer der Amtssekretär Hülstbach gewählt. Der Vorsitzende und der Schriftführer werden zur Unterzeichnung aller Anweisungen und Schriftstücke ermächtigt. Mit der Sammlung soll alsbald begonnen werden, sobald die Unter- stützung noch vor Weihnachten an die Hilfsbedürftigen zur Aus- zahlung gelangen können.

Erndtebrück, 1. Dezember. Das plötzlich eingetretene mehrtägige Schneewetter ist zum Glück nicht von langer Dauer gewesen. Am vergangenen Dienstagabend verwandelte sich das Schneetreiben in Regen, der die Nacht über anhielt und die Dächer von den gewaltigen Schneemassen säuberte. Für viele unserer Einwohner wäre auch der Eintritt größerer Kälte recht verhängnisvoll gewesen, da es noch mehrfach an ausreichendem Brennholz, insbesondere Kohlen fehlt. Sie haben sich auf die Händler verlassen und diese müssen warten, bis ihr Bezugsgeld an die Reihe kommt, worüber mitunter Monate vergehen können. Vor einigen Tagen wurden im hiesigen Bahnhof Kohlen zum Verkauf gestellt, zum Preise von 1050 Mt. der Zentner! Ein solcher Preis ist für viele Familien unerschwing- lich und man braucht sich nicht zu verwundern, wenn sich der Ver- braucher eine verzweifelte Stimmung bemächtigt. Und dabei befinden wir uns erst am Anfang des Winters!

Sönnern, 25. Nov. Bei der heute hier abgehaltenen Holz- verkauferung wurde für den Festmeter Fichtenstammholz ein Durch- schnittspreis von 60 500 Mark geboten. Es handelt sich um ca. 90 Festmeter meistens Vierer-Klasse-Holz, welches im Stand verkauft wurde und Käufer noch die Werbungsstellen zu tragen hat. — (Da braucht man sich nicht über die wagnissinnig hohen Druck- papierpreise zu wundern!)

— **Hessische Zeitungsverleger** beschloßen für Monat Dezember folgende Richtpreise zu nehmen: Die Frankfurter Zeitungen z. B., welche täglich einmal erscheinen (Generalanzeiger, Nachrichten, Volks- stimme), kosten danach ab 1. Dezember 500 Mark, ohne Trägerlohn, ebenso die Offenbacher, Hanau 480 Mark, Sieben, Höchst, Marburg und Weimar 400 Mark. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen sollen 225 Mark monatlich kosten.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Der Verkehrsbeitrag hat sich im Reichspostministe- rium unter dem Vorbehalt des neuen Postministers Stinling mit der neuesten Vorlage der Reichspostver- waltung über die Gebührenerhöhung beschäftigt. Bei den Vorschlägen der Reichspost handelt es sich wiederum um einen 100prozentigen Zu- schlag zu den am 15. November in Kraft getretenen Gebühren, mit einigen Abweichungen nach unten und oben. Im einzelnen sind folgende Gebührenerhöhungen in Aussicht genommen:

Für den Fernbrief wird eine Gebühr von 25 Mark, für die Fernbriefe der höheren Gewichtsklas- sen, über 20—100—250 Gr. eine solche von 35 und 45 Mark vorgeschlagen. Für die Briefe im Ortsver- kehr sind Gebührenerhöhungen von 10, 15 und 25 Mark vorgesehn. Die Fernpostkarte soll künftig 15 Mark, die Ortspostkarte 5 Mark kosten. Pa- kete bis zu 5 Kilo. sollen in der Nahzone 125 Mark in der Fernzone 250 Mark kosten; bei den Paketen über 5 bis 10 Kilo. soll für jedes Kilo. des Paketgewich- tes in der Nahzone eine Gebühr von 25 Mt., in der Fernzone der doppelte Satz zu der Gebühr des 5 Kilo- Paketes zugeschlagen werden; für die Pakete im Ge- wicht über 10 bis 20 Kilo. soll der Zuschlag 60 bzw. 120 Mark betragen.

Die Postanweisungsgebühren sollen im allgemeinen verdoppelt werden. Die erste Betrags- stufe soll von 50 auf 100 Mark erhöht werden, sodas der niedrigste Gebührensatz für Beträge bis zu 100 Mark gilt. Mit Rücksicht auf die weiter eintretende Geldentwertung soll der Höchstbetrag für Postanwei- sungen erhöht werden. Eine Erhöhung der Zeitungs- gebühren ist auch diesmal nicht in Aussicht genom- men. Die Postschekengebühren sollen verdop- pelt werden.

Es ist geplant die Telegrammgebühren entsprechend der geplanten Steigerung des Satzes für einfache Fernbriefe zu erhöhen und als Grundgebühr für jedes Telegramm 50 Mark, als Wortgebühr 20 Mark, für Orts- und Pressetelegramme 20 Mark Grund- gebühr und 10 Mark Wortgebühr festzusetzen. Bei den Fernsprechgebühren soll die Grundgebühr für die Hauptanschlüsse unverändert gelassen, die Orts- und Ferngesprächsgebühren dagegen auf den doppelten bis den zweieinhalbfachen Satz gesteigert werden. Die Fernsprechgebühr wird infolgedessen z. B. bei einer Entfernung bis zu 5 Km. einschließlich 7 Mark, bei einer Entfernung von mehr als 500 bis 600 Km. einschließ- lich 308 Mark betragen.

In der Begründung heißt es: Der Feh- lbetrag der Reichspostverwaltung beträgt augenblick- lich 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark veranschlagt. Eine Balan- zierung des Etats wird auch durch diese neue Gebührenerhöhung nicht erreicht. In seiner Begrün- dungsrede führte Minister Stinling aus, so unpopulär- ist ihm eine Gebührenerhöhung sei, so müßte sie doch von Zeit zu Zeit erfolgen, um die Unkosten der Reichspost zu decken. Gegenüber vielen Klagen über die schlechte Wirtschaftlichkeit der Post müsse er darauf aufmerksam machen, daß sehr viel Personal aus den abgetretenen Gebieten hätte

übernommen werden müssen und daß die Post zu vie- len Leistungen für andere Zwecke herangezogen werde, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Der Mini- ster nahm das Personal in Schutz gegen die Vorwürfe, die unberechtigtweise erhoben würden. Treue und Arbeitswillen seien bei der Post noch nicht ausgestor- ben. Wo die frühere Ordnung und Unterordnung an- gelegt sei, werde er auch nötigenfalls mit harter Hand zupacken.

Zum letztenmale

wenden wir uns an diejenigen Postbesitzer unserer Zeitung, welche die Nachzahlung für Oktober und November noch nicht geleistet haben mit der Bitte um sofortige Uebermittlung des Betrages. Wer die Nachzahlung nicht leisten will, muß auf den Weiterbezug unserer Zeitung verzichten. In diesem Falle bitten wir die Annahme dieser ersten Dezember-Nummer zu verweigern. Sofern dies nicht geschieht, nehmen wir an, daß die Weiterlieferung gewünscht wird, und werden den Betrag von 50 Mark zuzüglich Portofofen unter Nachnahme von den uns seitens der Post mit- geteilten Bezählern erheben, wenn die Zahlung nicht bis zum 5. Dezember erfolgt ist.

Verlag der Wittgensteiner Zeitung.

Abermalige Fahrpreiserhöhung ab 1. Januar.

Berlin, 27. Nov. Mit Wirkung vom 1. Januar werden die Fahrpreise für den allgemeinen Verkehr nach folgenden Einheitsfähen berechnet:

Für den Kilometer vierter Klasse 4 Mt., dritter Klasse 6, zweiter Klasse 12 und erster Klasse 24 Mt. Die Fahrpreise bis 100 Mark werden auf volle 2 Mt., über 100 bis 500 Mt. auf 10 Mt., über 500 bis 1000 auf 20, über 1000 bis 2000 auf 50, über 2000 auf 100 Mt. abgerundet.

An Schnellzugzuschlägen werden in der Zone I (1 bis 75 Km.), Zone II (76 bis 150 Km.), Zone III (über 150 Km.) erhoben für die dritte Klasse 100, 200 und 300 Mt., für die zweite Klasse 200, 400 und 600 Mark, die erste Klasse 400, 800 und 1200 Mark.

Turnen * Spiel * Sport.

Sportvorhaben.

Verbandsspiele am 3. Dezember 1922.

A-Klasse: Germania 2 — Breidenbach.

B-Klasse: Saaspe 2 — Oberreifenhausen (Nach-Weidenhof).

Breidenbach 2 — Sönnern.

Die Mannschaften müssen die anderen Vereine und Schiedsrichter recht- zeitig über Anfang der Spiele in Kenntnis setzen. Sollten jedoch durch den eingetretenen Schneefall einige Plätze nicht pfeisfähig sein, so bitte ich dieses sofort den beteiligten Vereinen, Schiedsrichter und mir mitzu- teilen. — Sämtliche angelegte Spiele gegen Gelschhausen fallen aus, da G. aus dem Verband ausgetreten; desgleichen Spiele gegen Saaspe 1, S. 1 ist von den Verbandsspielen zurückgetreten. Gruppenspielführer.

Vermischte Nachrichten.

— **Oberkirchen, 28. Nov.** 14 Landwirte von hier haben sich bereit erklärt, täglich zusammen 400 Liter Milch an Kinderreiche und unbemittelte Bürger zum Preise von 60 Mt. das Liter abzugeben.

— **Millionenpreise für Zuchtschiere.** Auf der Ostfrieschen Zuchtschierversteigerung in Leer in Hannover wurde ein Zuchtschier für 2 530 000 Mark verkauft. Andere Schiere erzielten Preise von 1 676 000 Mt., 1 600 000 Mt. und 1 250 000 Mt. Die anderen Schiere gingen für je 980 000 Mark fort.

— **Sönnern, 30. Nov.** Auf dem Schulhofe in Nieder- weiler wurde der 12jährige Schüler Adam Wfl. von einigen Mitschülern so lange geholt und gepeinigt, bis er schwer verletzt dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Hier ist der Junge gestorben. — Gab es denn, da die Tat während der Schulpause geschah, dort gar keine Aufsicht?

— **Wiesbaden, 29. Nov. (Todesurteil.)** Das französische Kriegsgericht verurteilte die beiden maro- kanischen Schützen, die im J. d. J. abends 11 Uhr eine Wirtschaft in Sossenheim, wo ihnen vier verweirter worden war, nahezu eine Stunde beschossen und dabei einen vorübergehenden Schreiner tödlich ver- setzten, zum Tode.

— **Edin, 29. Nov. (Diebstahl auf Be- stellung.)** Dieser Tage war der Polizei gemeldet worden, daß Einbrecher in einem Hause in der Ver- forstraße ein Dienstmädchen überfallen und mißhandelt hätten, worauf sie Wertgegenstände für insgesamt sieben Millionen Mark entwendeten. Die Nachforschungen ha- ben ergeben, daß das Dienstmädchen den Überfall nur fingiert hatte und der Diebstahl von seinem Ender und zwei Helfershelfern ausgeführt wurde. Für 3 Millionen der gestohlenen Gegenstände konnte wieder herbeigeschafft werden. Zwei der Diebe wurden be- reits verhaftet.

— **Hohenkellen, 29. Nov. (Ginteurersport.)** Eine Jagdgesellschaft aus Saarbrücken, bestehend aus 5 Herren und 1 Dame, die die Hohenkeller Jagd um 200 000 Mark gesteigert haben, veranstalteten hier die erste Treibjagd. Erlegt wurde nichts. Um nicht mit leeren Händen heimzukommen, kaufte man 12 Saen.

— **Ludwigshafen, 29. Nov.** Die Stilllegung der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die durch den Streik der Belegschaft notwendig wurde, weil die Ar- beiterschaft auf den Einfluß radikaler Elemente hin die Wiederaufnahme der Arbeit heute früh verweigert hatte, kann auch aus politischen Folgen nach sich ziehen. Be- kanntlich hat sich das Reich im Verfaller Vertrag zur Lieferung von Farbstoffen als Reparationsleistung ver- pflichtet. Durch die vollständige Stilllegung der Badi- schen Anilin- und Sodafabrik wird die Erfüllung der Farbstofflieferungen, soweit sie in dieser Fabrik herge- stellt wurden, unterbrochen. Es ist zweifelhaft, ob der Produktionsausfall der Badischen Anilin- und Soda- fabrik für die Reparationsleistung an Farbstoffen durch die anderen deutschen chemischen Fabriken wettgemacht werden kann, zumal auch heute nachmittag die Arbei- terschaft der anderen großen chemischen Fabriken in Lud- wigshafen in den unbefristeten Generalstreik getreten ist, sodas die Werke stillgelegt sind.

Aufruf!

Durch die in erschreckender Weise zunehmende Teuerung und die hiermit verbundene Entwertung der Vermögen, Renten, Löhne und Gehälter ist ein großer Teil unserer Mitmenschen in bittere Not geraten. Diese nach Kräften zu lindern, ist unsere heilige Pflicht. Hinzukommt noch der uns bevorstehende schwere Winter. Schwer lastet die Zeit auf uns allen. Besonders aber auf denjenigen, die nicht mehr im Stande sind, den Lebensunterhalt zu er- werben, wie die Alten, Invaliden, Rentner, Witwen und Kranken.

Um den Bedürftigen unter ihnen zu helfen, bitten wir die Einwohnerschaft der Gemeinden Erndtebrück, Schameder, Benze und Zinse ebenso dringend wie herzlich, um Gewährung von Mitteln.

Damit die Auszahlung recht bald und noch vor Weihnachten erfolgen kann, werden in den nächsten Tagen Sammellisten umhergereicht.

Jede Gabe ist willkommen. Beträge werden auch auf das Konto Hilfswerk Kirchspiel Erndtebrück bei der Erndte- brücker Bank erbeten.

Gibt bald und reichlich, wer schnell gibt, gibt doppelt! Je eher die Bedürftigen in den Besitz der gesammelten Mittel kommen, desto günstiger ist die Einkaufsmöglichkeit für Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Erndtebrück, den 27. November 1922.

Der Hilfs-Ausschuß des Kirchspiels Erndtebrück.

Lebensmittelversorgung.

Brot- und Zuckerkartenausgabe für die neue Versorgungs- periode findet am Montag, den 4. Dezember ds. Js. in der 6. Klasse der eogl. Stadtschule nach folgender Ordnung statt:

Von 2 — 3 Uhr Anfangsbuchstaben A — G	3 — 4	"	H — S
" 4 — 5	"	"	M — R
" 5 — 6	"	"	S — Z

Brotfleischverfänger und Personen, die nach der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Einschränkung der öffentlichen Brotversorgung vom 8. 9. 1922 auf Marktbrot keinen Anspruch haben, dürfen die Brotmarken nicht beantragen. Die Verordnung besagt, daß die Versorgung mit Marktbrot nur auf Antrag eintreift. Brotmarken dürfen nur verabsolgt werden, wenn der Nachweis erbracht wird, daß das Einkommen des Haushaltungsvorstandes die im § 1 Abs. 1 der genannten Verordnung festgesetzte Grenze nicht überschritten hat. Danach hat derjenige keinen Anspruch auf Marktbrot mehr, der im Jahre 1921 ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 30 000 Mt. zuzüglich 15 000 Mt. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltungsangehörigen (als Haushaltungsangehörige gelten alle, die in Brotgemeinschaft mit dem Haushaltungsvorstande stehen, in diesem Falle ist ihr Einkommen dem des Haushaltungsvorstandes zuzurechnen) hatte. Als im gemeinsamen Haushalt verpflegte Personen gilt auch das Dienstpersonal. Sofern der Haushaltungsvorstand hiernach aus der Brotversorgung ausscheidet, ist auch das Dienstpersonal nicht mehr versorgungsberechtigt.

Wer, ohne versorgungsberechtigt zu sein, die Versorgung in Anspruch nimmt, d. h. sich durch falsche Angaben Brotmarken geben läßt und diese benutzt, wird nach § 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. 7. 1922 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mt. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zuckerarten werden an jede Person ausgegeben. Die An- nahme mehrerer Zuckerarten des gleichen Zeitraumes für einen Verbraucher ist untersagt. Die Zuckerarten und ihre einzelnen Abschnitte sind nicht übertragbar. Zuwiderhandlungen gegen die gegebenen Bestimmungen unterliegen dem Strafvorschriften des § 19 der Reichsverordnung vom 3. 10. 1922.

Die Brot- und Zuckerarten werden nur an Erwachsene abgegeben.

Wer bis zum 4. 12. 1922, nachmittags 6 Uhr die Brot- und Zuckerarten nicht abgeholt hat, zahlt vom 5. 12. ds. Js. ab eine Gebühr von 0.50 Mt. pro Stck.

Saaspe, den 30. November 1922.

Der Magistrat: Berensmann.

Bekanntmachung.

Für den Monat November stellen sich die Strom- preise infolge der Kohlenpreiserhöhung, Verteuerung der Schmieröle und Steigerung der Löhne

für Licht auf Mt. 90.— per Kilowattstunde,

" Kraft " " 80.— " "

was ich hiermit zur Kenntnis der Stromabnehmer bringe.

Saaspher Elektrizitätswerk Strack.



Metall!

Alles staunt! Alles eilt!

Metall-Dietrich

Trotz allem Schwanken Auf und Nieder
zahle staunend hohe Preise für

Rupfer, Messing, Blei, Zink, Eisen usw.

Feudingen

Fr. Dietrich

Metallhandlung.

Polarkurs am 30. 11.: 7690.

